Mittag-Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.



Posener Zeitung
Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 822

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 24. November. 1890

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

5. Sitzung vom 22. November, 11 Uhr.

Die erste Berathung der Einkommensteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Richter (dfr.): Gewisse technische Vorzüge einzelner Bestimmungen der Steuergesetze, welche auch ich anerkenne, sind gestern derart in den Vordergrund gerichtet worden, daß ich den Blick lenken will auf das, was charakteristisch ist für die Steuer- und Finanzpolitik, wie ich sie aus den 5 Finanzgesetzen herausschäle. Herr v. Caprivi sprach von einem großartigen Plan der Finanzreform. Diesen habe ich nicht zu erkennen vermocht, nicht in den Vorlagen und auch nicht in den mündlichen Erläuterungen des Finanzministers. Ich bin außer Stande, überhaupt einen vollständigen einheitlichen Plan zu erkennen. Wenn man Vorlagen von solcher Bedeutung wie die vorliegende unterbreitet, dann muß doch wenigstens in den Grundzügen der Gesammtplan erkennbar sein. Der Hauptheil des Planes aber ist noch ganz und gar im Dunkeln. Manches in der Vorlage ist sogar geeignet, einer einheitlichen Gesammtreform entgegen zu arbeiten, die Zukunft zu vermauern. In den fünf Vorlagen finde ich folgerichtig nur zwei Gedanken durchgeführt: den Gedanken: die Staatskasse darf unter keinen Umständen auch nur den geringsten Ausfall erleiden, und den zweiten Gedanken, die Steuerzahler sollen auf jeden Fall mehr bluten. Diese Gedanken sind eigentlich nicht von erheblichem reformatorischen Werth (Heiterkeit), es sind das vielmehr fiskalische Gedanken. Das eigentliche Paradestück ist der Erlaß für die kleineren Gewerbe, obwohl es sich dabei doch nur um einen Erlaß von 4½ Millionen handelt. Wenn man gestern den General-Steuer-Direktor hörte, hätte man glauben können, es würde durch diesen Erlaß die soziale Frage gelöst, die Konkurrenz des Kleinhandels gegen den Großhandel gestärkt. Was aber will der Erlaß, der sich auf viele tausend Personen vertheilt, bedeuten! Dieser Erlaß wird aber nicht von der Staatskasse getragen, sondern er soll aufgebracht werden von Jenen, welche durch die schärfere Veranlagung, die Besteuerung der Dividende und die Alters- und Invaliditätsversicherung zu gleicher Zeit belastet werden. Diese sollen drei Millionen aufbringen, für den Rest hat man sich an die Gastwirthe gehalten, ja man hat sogar zu den Theater-Inhabern, Menagerie-Besitzern ꝛc. gegriffen. — Der zweite Grundsatz, der in den Vorlagen zur Geltung kommt, daß die Steuerzahler mehr bluten müssen, spielt in der Einkommensteuer die Hauptrolle. Diese wird 20—30 Millionen mehr ergeben. Dazu kommen 3½ Mill. mehr aus der Erbschaftssteuer und das Plus aus der Gewerbesteuer. Nun kann man es doch nicht als eine Entlastung hinstellen, daß den Gemeinden der Mehrertrag zugewandt werden soll. Für den Steuerzahler ist es an sich gleichgiltig, wohin das Geld fließt (Widerspruch) und es führt diese Ueberweisung keineswegs zu einer Entlastung. Hat denn die Frankenstein'sche Klausel eine Entlastung in Preußen oder die Ueberweisung auf Grund der lex Huene eine Entlastung in den Gemeinden herbeigeführt? (Ruf rechts: Gewiß!) Nein, auch nicht ein Prozent ist erlassen worden. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das ist ja auch ganz natürlich, wenn ein kommunaler Verband für die Einnahmen, ein anderer für die Ausgaben sorgt. Auch findet nur eine Ueberweisung an die Verbände statt, „soweit nicht im Staatshaushalt darüber verfügt wird." Das ist dieselbe Formel, unter der die Vermehrung der indirekten Steuern im Reiche eingeleitet worden ist. Jetzt bezahlen wir im Reich 475 Millionen mehr, ohne daß eine entsprechende Entlastung stattgefunden hat. Ich glaube, daß in gegenwärtiger Zeit von irgend einer Vermehrung der Steuerlast nicht die Rede sein darf, weil die Belastung in letzter Zeit schon erheblich gestiegen ist, und weil die sozialpolitische Gesetzgebung große Ausgaben im Gefolge hat. Aus unserer Finanzlage kann auch absolut kein Grund für eine Steuer-Erhöhung hergeleitet werden. Ich habe ja schon oft Gelegenheit gehabt, die dialektische Gewandtheit des Herrn Finanzministers zu bewundern. Sie ist aber niemals übertroffen worden als von der Art, mit der er neulich den Ueberschuß von 102 Millionen „weggesprochen" hat. (Heiterkeit.) Woher kommen diese Ueberschüsse? Aus der großen Vermehrung der Reichssteuern, die weit hinausgestiegen sind über das wirkliche Bedürfniß. Es hat sich herausgestellt, daß man 1879 den Etat künstlich schwarz gefärbt hat. Man hat damals Steuern im Voraus bewilligt. Daher kommen diese Ueberschüsse, die fortdauern werden. Schon in den sieben Monaten des laufenden Etatsjahres sind 22 Millionen mehr eingekommen als im vorigen Jahre. Man kann schon heute sagen, daß die Zoll-Einnahmen des Reichs für Preußen ein Plus von 50 Millionen ergeben werden, und der Etat von 1891/92 ist noch günstiger, obgleich er von vornherein viel zu ungünstig künstlich veranlagt ist, was, wie ich hoffe, mit Hilfe des Zentrums zu ändern möglich sein wird. Und ganz im Ueberfluß schickt man sich noch an, die Zuckersteuer um 30 Mill. zu erhöhen. Und da will man den Grundsatz vertreten: es kann kein Betrag vermißt werden. Da wäre es doch richtiger, von vornherein, bei einer Reform auch einmal ein Minus zu riskiren. Was hat nicht 1879 Fürst Bismarck alles verheißen? Der Landrath in Teltow ließ per Extrablatt die „frohe Botschaft" verkünden (Heiterkeit), daß kein unfundirtes Einkommen unter 6000 M. eine Steuer bezahlen sollte u. s. w. Was ist aus dieser Zukunftsmusik geworden? Steuern im doppelten Betrage mehr bewilligt, als sie zur Zeit jener Rede des Fürsten Bismarck gefordert wurden, und heute eine Reform, die absolut keine Million weniger einbringen darf! Ich wende mich nun zur Einkommensteuer. Diese soll nach Ansicht des Finanzministers eine dominirende Stellung im preußischen Finanzwesen einnehmen; er hat gesagt, es soll jetzt nur der erste Schritte gemacht werden, das Andere wird sich von selbst finden. Das ist das Eigenthümliche, daß in den Erläuterungen der Vorlage gar nicht von dem Gemeindehaushalt gesprochen wird. In einem Finanzplan müßte man doch mit aufnehmen die Grundzüge, nach denen man die Kommunalsteuern reformiren will. Viel dringender als die Reform der Staatssteuern ist doch die Reform der Kommunalsteuer. Wie man über die Veranlagung denken möge, Einkommensteuer im Ganzen für Kommune und Staat kann nicht mehr bezahlt werden, als bis jetzt schon bezahlt wird. Im Regierungsbezirk Arnsberg kommen gegenwärtig auf an Klassensteuer und klassifizirter Einkommensteuer für den Staat 1 600 000 M., für die Gemeinde 6 900 000 Mark. (Hört! Hört!) Die Einkommensteuerfrage ist also in erster Linie eine Frage des Gemeindehaushalts. Was sie an Einkommensteuer für den Staat mehr nehmen, entziehen Sie der Gemeinde, denn dieselbe Steuer kann nicht an zwei Stellen, im Staat und in der Gemeinde, zugleich „dominiren." Welches System will der Finanzminister für den Gemeindehaushalt ausbilden? Etwa das System von Gebrauchsabgaben? Dann muß um so mehr Klage geführt werden über die Belastung der nothwendigen Gebrauchsmittel. Was die Veranlagung betrifft, so soll überall das Einkommen gleich besteuert werden, ganz unberücksichtigt darum, wie es entstanden ist. Das ist eine barbarische Ungerechtigkeit, insbesondere der geistigen Arbeit gegenüber. Es ist an der Zeit, daß man endlich sich besinnt, daß es auch eine geistige Arbeit giebt, sonst arbeitet man der Sozialdemokratie in die Hände. Der Arzt, der Gelehrte u. s. w. muß doch etwas aufsparen für die Zeit des Alters, der Arbeitsunfähigkeit. Darauf wird aber gar keine Rücksicht genommen. Wenn es schon jetzt möglich ist bei den Beamten zu unterscheiden zwischen fundirtem Einkommen und dem unfundirten Einkommen, warum soll das nicht auch allgemein stattfinden? Ist das steuertechnisch unmöglich, dann muß wenigstens der Tarif möglichst niedrig gehalten werden gerade für diejenigen Klassen, in welche die geistigen Arbeiter gehören. Von diesem Gesichtspunkte aus ist der Tarif bis zu 20 000 Mark viel zu hoch, um so mehr, als durch die den unteren Klassen gewährte Vergünstigung der Steuertarif in den Gemeinden sich zu Ungunsten der mittleren Klassen erheblich ändern wird. Dadurch wird die Ueberbürdung der mittleren Klassen ins Unerträgliche wachsen. Wie viele Steuerzahler sind denn in den Gemeinden, die ein Einkommen über 4200 Mark haben? Nur sehr wenige. Der reiche Mann kann sich durch einen Wohnungswechsel einer zu großen Belastung entziehen, nicht aber der Arzt, der Beamte u. s. w. Ich glaube, ein Tarif, der solche Folgen hat, ist ganz unmöglich durchzuführen, wenn man die Verhältnisse in den Gemeinden des Westens betrachtet. Was die Erbschaftssteuer anlangt, so glaube ich, daß diese Birne gar nicht mehr geschält zu werden braucht (Heiterkeit) und daß wir ohne Kommissionsberathung ihr Schicksal hier entscheiden können. Die Ertragssteuer für Aktiengesellschaften ist eine Doppelbesteuerung, die mit den Erklärungen des Ministers, es solle die Doppelbesteuerung dort, wo sie vorhanden, beseitigt werden, in direktem Widerspruch steht. Der Minister sagt: „Warum sollen wir diese Steuer nicht nehmen, wenn sie die Gemeinde nimmt". Das ist ja ein schönes Finanzprinzip; es kommt darauf hinaus; thue Unrecht und laß es Dich nicht gereuen, wenn es Dir nur Vergnügen macht! (Heiterkeit.) Der Aktionär soll seine Dividende versteuern. Schießt ihm der Staat Etwas zu, wenn er keine Dividende erhält? Wo bleibt die Sozialpolitik angesichts der Genossenschaften? Jetzt wird auch für das Einkommen dieser eine besondere Steuer erfunden! Anstatt in den Genossenschaften einen Fortschritt zu erblicken, werden sie mit Ungunst vom Steuerfiskus behandelt. Ohne alle Rücksicht auf die Sozialreform greift der Herr Finanzminister da hinein und sucht die Silbergroschen zusammen, denn er kann trotz der 102 Millionen Ueberschuß keinen missen! (Heiterkeit). Wie es mit der Gewerbssteuer liegt, beweist die Behandlung der Brennereien. Wenn der Brenner so glücklich ist, daß er daneben noch eine große Viehzucht betreibt, dann ist er ein armer Mann, dann fällt er unter den Begriff „nothleidende Landwirthschaft", dann zieht sich sogar der Fiskus vor ihm zurück! (Heiterkeit). Was die Grund- und Gebäudesteuer anlangt, so hat sich Herr v. Huene gestern die denkbarste Mühe gegeben, ein Programm aus den Herren vom Regierungstisch herauszulocken. Er hat aber weiter nichts als eine Pantomime des Generalsteuerdirektors erreicht (Heiterkeit). Ich hätte in Konsequenz der bisherigen Politik gesagt: „Hier ist die halbe Grund- und Gebäudesteuer aus der lex Huene! Das war doch das Nächste! Jetzt sagt man aber: ihr müßt auch das erst durch die Einkommensteuer verdienen! Das erinnert ja an die Geschichte vom Jacob. Erst müssen die Agrarier elf Jahre mit indirekten Steuern dienen, und wenn sie diese 11 Jahre überstanden haben, dann sagt der Finanzminister: nun fängt dieselbe Arbeit erst an bei den direkten Steuern! (Heiterkeit.) Erst sorgt dafür, daß mit diesen derselbe Ertrag aufgebracht wird, der auch vertheilt werden soll. Das wäre ein überaus schweres Unrecht gegen die Steuerzahler. Es werden gegenwärtig 70 pCt. der Einkommensteuer von den Städten aufgebracht, aber nur 40 pCt. der Gebäudesteuer. Wenn nun die Einkommensteuer 30 Millionen mehr einbringt, so haben dazu die Städte allein 21 Millionen beigetragen. Wenn aber die 30 Millionen nach der Grund- und Gebäudesteuer vertheilt werden, dann bekommen die Städte nur 12 Millionen. Das heißt also aus den Städten werden 9 Millionen herausgezogen zu Gunsten des platten Landes. Genau so liegt die Frage im Verhältniß vom Westen zum Osten. Es heißt hier, den Osten auf Kosten des Westens dotiren, es heißt auch, die Gutsbezirke dotiren auf Kosten der Landgemeinden. Das führt doch zuletzt zu einer ganz künstlichen Werthsteigerung des Grund und Bodens. Diese ganze jetzige Finanzpolitik läuft aus in eine privilegirte Dotirung der dünn bevölkerten östlichen Landkreise auf Kosten der westlichen Provinzen. Sind diese westlichen Bezirke denn so günstig gestellt? Im Westen sind viel schwierigere Aufgaben zu lösen als im Osten. Der Druck der Armenlast ist im Osten auch nicht größer, oder er ist nur deshalb vorhanden, weil die Vertheilung so schlecht ist, weil im Osten chaotische Unordnung herrscht. (Lachen rechts). Und wem fließen die 10 Millionen zu, die von der lex Huene abgezweigt werden sollen — nebenbei gesagt, ein komischer Anfang der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer —? Auch den Herren Gutsbesitzern des Ostens. Im Westen aber, wo sich ein Schulhaus an das andere reihen muß, ist die Schulbaulast besonders drückend. Der Westen und die Städte werden also auch hier benachtheiligt, und diese Ungerechtigkeit wird noch durch das Unterrichtsgesetz verstärkt, welches 7½ Millionen aus der lex Huene so vertheilt, daß dabei wieder der Osten besser weg kommt. Nun komme ich an den dunkelsten Punkt, zu dessen Aufklärung bisher nur die Pantomime des Generalsteuerdirektors vorhanden ist. Es ist immer nur die Rede von Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände. An einer Stelle wird aber diese Ueberweisung in Verbindung gebracht mit der Erleichterung der mittleren und kleineren Einkommen. Was soll das heißen? Sollen die größeren Grundbesitzer zu Gunsten der kleineren stärker herangezogen werden? Wir haben noch einen pantomimisch ausgedrückten Akt des Uebereinkommens zwischen Herrn v. Huene und dem Generalsteuerdirektor (Heiterkeit), daß die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer benutzt werden soll zu einer Erleichterung der Kommunalzuschläge. Gegen eine solche Auffassung muß ich aber protestiren; denn es würde damit das Arbeitseinkommen kontributionspflichtig gemacht, zur Entlastung der Besitzenden. Ich möchte doch eine Erklärung des Herrn Finanzministers, ob er die Pantomime für richtig hält. Ich würde es begreiflich finden, wenn man die Grund- und Gebäudesteuer, die Realsteuer zur Hauptstütze der Gemeindebesteuerung machen würde. Völliges Dunkel aber liegt darüber, ob dies geschehen soll. Der Finanzminister sagt: Nur Muth, thut nur den ersten Schritt, wir werden uns schon verständigen! Hier handelt es sich aber um die Entscheidung darüber, wie man in der Zukunft gehen will. In diesen Sachen ist die Gemüthlichkeit nicht am Platze, da muß man genau wissen, was gemacht werden soll. Ich bin nicht im Stande, der ganz unaufgeklärten Politik zu folgen. Andere Herren haben zu dem Minister persönliches Vertrauen. Wir haben schon einmal einen liberalen Finanzminister gehabt, um die indirekte Steuerpolitik einzuleiten. Als er mit großer Mühe den Karren bis nach oben geschoben hatte, da konnte er gehen, (Heiterkeit) das Weitere konnten die konservativen Finanzminister besorgen (Heiterkeit). Am meisten hat mich das große Vertrauen des Herrn v. Rauchhaupt interessirt. Er ist gewiß, daß die Agrarier, wenn das Steuerbouquet erst gebunden ist, die schönsten Blumen schon bekommen werden, wenn nicht unter diesem, so vielleicht unter einem andern Finanzminister (Heiterkeit). Um zu resumiren, so verlangen wir, daß der Tarif so zugeschnitten werde, daß jeder Mehrertrag vermieden wird; selbst ein Ausfall wäre nicht bedenklich. Um uns vor einem Mehrertrag zu schützen, verlangen wir die Quotisirung. Würde die Regierung dieselbe beantragen, dann würde das Haus dieser schon zustimmen. Man hat zwar das jährliche Steuerbewilligungsrecht mit dem Nachweise auf die Konfliktszeit der 60er Jahre zu bekämpfen versucht Es ist aber eine Thatsache, daß die Regierung damals Alles hätte erhalten können, wenn sie die zweijährige Dienstzeit zugestanden hätte. (Lachen rechts.) Ich glaube nun, daß diese Gelegenheit benutzt worden wäre, um das Reichstagswahlrecht für den Landtag einzuführen (Aha! rechts), denn das muß Jeder einsehen, ein besonderes Wahlrecht für den Landtag und für den Reichstag hat keinen Sinn. Was die Deklarationspflicht betrifft, so werde ich mich darüber erst entscheiden, wenn ich weiß, in welcher Gestalt sie zum Beschluß kommt. In der jetzigen Gestalt ist sie für mich unannehmbar. Ich frage, was soll die Deklarationspflicht für eine Wirkung haben? In der Vorlage hat die Deklaration eigentlich nur die Bedeutung einer Vernehmung des Angeschuldigten. Ueberhaupt erscheint in dem ganzen Entwurf Derjenige, der ein großes Vermögen hat, recht verdächtig, wie sonst so ein Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Man verweist uns auf den Vorgang anderer Länder. Einmal sagt uns der Herr Finanzminister: warum sollen wir nicht thun, was die Anderen thun? Bei einer anderen Gelegenheit sagt er: warum sollen wir in Preußen nicht mit gutem Beispiel vorangehen? Ja, er greift hier sogar auf die alten Römer zur Empfehlung einer Steuer zurück. Damit könnten wir zu einer Sammlung von Steuern kommen, welche mit der Nürnberger Sammlung von Folterwerkzeugen eine große Aehnlichkeit hätte. (Heiterkeit.) Die ganze Konstruktion der Einschätzungs-Kommissionen läuft darauf hinaus, fiskalische Steuerbeamte heranzuziehen. Wenn ein Steuer-Assessor mit demselben Ton der Ueberlegenheit in einer Einschätzungskommission auftritt, wie gestern der Generalsteuerdirektor hier im Hause, wenn er dazu noch ein Entscheidungsrecht und nicht nur die bescheidene Stelle einnimmt, wie ein Regierungs-Kommissar im Hause — welchen Einfluß wird dann dieser steuertechnisch gebildete Beamte ausüben? Und wie steht es mit dem Landrath, der schon einen Einfluß erlangt hat, daß die Selbstverwaltung kaum noch damit verträglich ist? Soll denn noch eine Erweiterung der Befugnisse gewährt werden? Da wäre doch ein politischer Mißbrauch nicht ausgeschlossen. Gestatten Sie mir zum Schluß noch einen etwas ketzerischen Vorschlag über die geschäftliche Behandlung zu machen. Ich halte es nicht für richtig, wenn diese Vorlage auf Monate in einer Kommission verschwinde. Ich würde es für richtig halten, wenn angesichts einer solchen Gesetzgebung die großen Prinzipien erst im Plenum entschieden würden, ehe sie an die Kommissionen gehen. In nationalliberalen Blättern ist die Ansicht geäußert worden, daß es eigentlich richtig wäre, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und die Entscheidung des Landes anzurufen. (Heiterkeit.) Das ist nicht so unrecht. Die Herren sagen, als das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, war eine ganz andere Zeit, es war die Zeit der Versumpfung unter dem Bismarck'schen Regiment; ich stimme in dieser Ansicht ganz mit ihnen überein (Heiterkeit), und es wäre vielleicht richtig, die Abgeordneten wieder einmal, wie Bismarck sagte, mit dem Boden ihres Ursprungs in Verbindung zu setzen. (Heiterkeit.) Nun zum Schluß noch einige Worte über die einleitenden Worte des Herrn von Caprivi. Es hat uns mit großer Genugthuung erfüllt, daß die Regierung sich auch ohne Sozialistengesetz stark genug fühlt, um jeden etwaigen Uebergriff der Sozialdemokratie zu unterdrücken. Das bestätigt unsere Auffassung. Eigentlich aber war die Anknüpfung dieser Bemerkung über die Sozialdemokratie mehr oratorisch geschickt, als sie eigentlich im Zusammenhang mit den Vorlagen steht. Es ist überhaupt alles Mögliche mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht. Wenn evangelische Geistliche mehr Gewalt haben wollen, dann begründen sie das mit dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie (Rufe: Wo denn?) Eben damit werden auch mehr Kirchen begründet. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht richtig. Der Glaube an das Jenseits entbindet Niemanden, auch das Diesseits so gut als möglich zu gestalten. Auch die dreijährige Dienstzeit wurde mit der Sozialdemokratie begründet. So sucht an dem großen sozialdemokratischen Feuer Jeder seinen besonderen Topf warm zu

machen. Ich glaube, eine besondere Verbindung dieser Vorlage mit der Sozialdemokratie ist nicht vorhanden. Wenn die Vorlage, so wie sie ist, angenommen wird, dann wird sie allerdings Unzufriedenheit im Lande hervorrufen und zwar gerade unter den Mittelkreisen.

Der Finanzminister schloß damit, daß das Gesetz zum Zwecke habe die ausgleichende Gerechtigkeit. Ja, wo bleibt hier die ausgleichende Gerechtigkeit? Um diese zu üben, ist in erster Reihe der Platz im Reichshaushalt bei den indirekten Steuern, bei den Zöllen. (Sehr wahr! links.) Was bedeuten die 4½ Millionen Gewerbesteuererlaß gegenüber den 445 Millionen aus den Zöllen! Die Herabsetzung der Einschätzung an Einkommen bei dem Vorhandensein von Kindern mit 50 Mark pro Kind bedeutet in der untersten Stufe eine Jahresentlastung von nur 33 Pf. und in der nächsten von 1 Mark, während durch die Zölle das Brot jeder Familie, auch der nicht einmal klassensteuerpflichtigen, um mindestens 40 M. jährlich vertheuert wird. (Hört, hört! links, Unruhe rechts). Der Einwand des Herrn v. Huene, daß nur die Rohprodukte vertheuert werden, ist nicht recht verständlich, oder meint er, daß von den Müllern und Fleischern die Vertheuerung ausgeht? Das glaubt ihm kein Mensch mehr, nicht einmal die eigenen Hintersassen. (Unruhe rechts.) Sein weiterer Einwand, daß bei Aufhebung der Zölle es nun jenseits der Grenze auch theurer würde, wäre dann nur richtig, wenn der Zoll verhinderte, daß wir vom Ausland kaufen, und alles, was wir an Getreide kaufen, im eigenen Lande herstellen. Das ist aber nicht der Fall. Es wird kein Hektar mehr bestellt infolge der Zölle, sondern wir müssen ebenso wie früher von dem Auslande dazu kaufen, und dem Zuwachs der Bevölkerung entspricht keineswegs ein Zuwachs unserer Kornproduktion. Wir müssen also den Zoll selbst bezahlen. Andererseits aber müßte doch Herr v. Huene mit der von ihm vorausgesetzten Folge der Aufhebung der Zölle, daß eine Verbilligung nicht einträte, im Interesse der Landwirthschaft besonders zufrieden sein. Dann dürfte gerade die Landwirthschaft keine Einwendung mehr erheben. Ich bestreite auch, daß die Aufrechterhaltung der Zölle im Interesse der Arbeiter liegt. Nur der Grundrente kommt der Zoll zu Gute. Der Druck der Zölle wird gerade gegenwärtig so überaus stark empfunden, weil der Roggenpreis dadurch eine Höhe von über 180 M. erhalten hat, bei der 1887 beantragt wurde, den Satz von 5 M. herabzusetzen. Auf diesem Satz sind wir angelangt trotz der guten Ernte der Landwirthschaft (Widerspruch rechts), weil die Vorräthe der Vorjahre erschöpft sind. Zu gleicher Zeit ist die Kartoffelernte eine ungünstige gewesen, sodaß auch dadurch den ärmeren Kreisen immer weniger Geld für Brot und Fleisch übrig bleibt. (Ruf: zur Sache!) Wenn man von der Belastung des Landes und der kleinen Leute spricht, so darf man an dieser Thatsache nicht schweigend vorübergehen. Früher war es ein geflügeltes Wort, wir seien dem Süden zu liberal, jetzt kann man umgekehrt sagen, wir sind ihm zu agrarisch. Selbst die süddeutschen Regierungen verlangen bereits die Oeffnung der Grenzen. Auf die eventuellen Ergebnisse der Verhandlungen mit Oesterreich im nächsten Jahre können wir uns nicht vertrösten, um so weniger, als es sich nur handelt um die Ermäßigung für einen Theil der Grenze, und eine solche nicht dem Konsumenten, sondern nur dem österreichisch-ungarischen Produzenten zu Gute kommen würde (hört! hört! rechts.)

Wir wollen nicht, daß eine solche Politik fortgesetzt wird. Ist die Regiernng erst entschlossen, hier umzukehren, zunächst eine alsbaldige Herabsetzung, und später eine gänzliche Beseitigung der Getreidezölle vorzunehmen, die Grenzen zu öffnen, für Vieh und Fleisch, dann bin ich ebenso wie Herr Rickert damit einverstanden, daß wir zur Deckung der finanziellen Ausfälle im direkten Steuersystem größere Ansprüche an die Wohlhabenden richten. Bei dem jetzigen Wirthschaftssystem, bei der herrschenden Vertheuerungspolitik, da auch nur mittelst eines neuen Steuergesetzes ein Zwanzigmarkstück mehr aufzubringen, hieße uns mitverantwortlich machen für eine Politik, die wir verderblich halten für das Volk, für das Vaterland. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Finanzminister Dr. Miquel: Ich war von vornherein davon überzeugt, daß Herr Richter an dem ganzen Entwurf kein gutes Haar lassen würde. (Zustimmung rechts.) Diese Ueberzeugung bestärkte sich in mir, als ich meiner Pflicht entsprechend, Rath und Beistand allenthalben zu suchen, jeden Morgen den ganzen Sommer hindurch die „Freisinnige Zeitung“ las, auf die man doch wohl Herrn Richter einigen Einfluß zuschreiben darf, und da ich ihn als einen sehr gewiegten Kenner unseres Finanz- und Steuerwesens kenne, so hoffte ich, aus dieser Zeitung einige nützliche Rathschläge zu erhalten. (Heiterkeit.) Ich ließ mich dadurch nicht stören, daß ich darin gewissermaßen wie ein Verbrecher behandelt wurde, der ein ganz verwerfliches Werk sich vorgesetzt habe. Was für positive Vorschläge habe ich da gefunden? Kritik jeden Tag, häufig kritische Widerlegungen, die sich von einem Tage zum andern widersprechen, wie Sie das auch heute bei einer Dialektik, die die meinige weit übertrifft, gesehen haben (Zustimmung rechts), aber positive Vorschläge keine. Die einzigen positiven Vorschläge bezogen sich auf die Erbschaftssteuer. Hier wurde an einem Tage vorgeschlagen, die Erbschaftssteuer zur Kommunalsteuer zu machen, am anderen Tage war aber selbst der preußische Staatshaushalt schon zu klein geworden, und sie wurde als eigentlich zur Reichssteuer geeignet bezeichnet.

Weit bedenklicher als dies aber sind diejenigen Einwendungen, welche darauf hinzielen, einem Werke gegenüber, das den Zweck hat, den weniger Begüterten, der heute überlastet ist, wo er auch zu Hause sein mag, gleichmäßig zu entlasten und andere in gerechter Weise heranzuziehen, das alte System der künstlichen Erzeugung von Interessengegensätzen anzuwenden. (Zustimmung rechts, lebhafter Widerspruch links.) Ich werde der Kommission nachweisen, wie falsch die bezüglichen Behauptungen sind, wenn nur die Gedanken schärfer hervortreten, wie man Prägravationen zu Gunsten des Landes für die Städte bei einer Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer vermeiden kann. In den 7 östlichen Provinzen kommt in den Städten auf den Kopf der Bevölkerung an Grundsteuer 29, an Gebäudesteuer 230, zusammen 260 Pfennige, in den westlichen und neuen Provinzen 38, 212, zusammen 250, also in den Städten im Osten zusammen 10 Pfennige pro Kopf mehr als im Westen. Das kommt aber daher, daß Berlin allein bei Ueberweisung der Gebäudesteuer auf den Kopf der Bevölkerung 555 Pfennige bekommen würde (hört! hört! rechts). Auf dem platten Lande beträgt im Osten die Grundsteuer 192, die Gebäudesteuer 41, zusammen 233 Prozent, im Westen 222 und 57, zusammen 279 Prozent, in der ganzen Monarchie 252 Prozent im Durchschnitt. Nun bedeutet die Gebäudesteuer eine periodisch wachsende Steuer zu Gunsten derjenigen Kommune, der sie überwiesen wird, die Grundsteuer eine fixirte Steuer, die in ihrem Betrage überhaupt nicht in die Höhe geht. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß irgend ein Grund, hier Interessengegensätze des Westens oder Ostens oder gar der Städte und des Landes anzurufen, in diesen verschiedenen Verhältnissen in keiner Weise liegen kann. (Sehr richtig! rechts.) Zudem giebt die Berechnung nach der Kopfzahl gar kein Bild von der thatsächlichen Leistungsfähigkeit.

Ich stimme Herrn Richter bei, wenn er die Kommunallast als das Lästigste bezeichnete. Wenn nun aber verlangt wird, die gesammte Grund- und Gebäudesteuer nach Maßgabe der Ueberschüsse zu Gunsten der Kommunen zu verwenden, wie stimmt das mit den Voreinwendungen überein? Es ist falsch zu behaupten, daß die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer eine einseitige Begünstigung der Grund und Gebäude besitzenden Klassen sei. Wachsen die Gesammteinnahmen einer Kommune, so kommt das den Einkommensteuerpflichtigen gerade so zu gute. (Sehr richtig, rechts.) Man darf überhaupt nicht die Grund- und Gebäudebesitzer in Gegensatz bringen zu den Einkommensteuerpflichtigen; es sind doch dieselben Menschen. Die Grund- und Gebäudebesitzer haben doch auch Einkommen zu zahlen. Die Regierung hat bündig und klar durch gesetzliche Vorschriften auf Mehreinnahmen zu Gunsten der Staatskasse aus der Steuerreform verzichtet. Auch gegen noch größere Sicherheitsklauseln nach dieser Richtung würden wir nichts haben, weil das nur eine Verstärkung des gesammten Programms der Regierung sein würde. Es handelt sich also nicht um eine Plusmacherei, auch nicht um eine einseitige agrarische Politik, sondern um eine richtige Vertheilung der Steuerlasten, bei der nur die nothwendige Konsequenz ist, den Grund und Boden in Aeckern, Wiesen und Gebäuden zu entlasten, um das mobile Kapital schärfer heranzuziehen. (Beifall rechts, Abgeordneter v. Rauchhaupt: Ein Programm!) Den großen sozialen und wirthschaftlichen Veränderungen in den Besitzverhältnissen, im Verhältniß des mobilen und immobilen Kapitals soll die Steuergesetzgebung jetzt nachkommen. (Beifall rechts.) Die Personalsteuer soll mehr als bis jetzt in den Vordergrund treten. Wir können die Objektsteuern jetzt noch nicht gänzlich aufgeben. Würde heute vorgeschlagen, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen ganz zu überweisen, die Gewerbesteuer für den Staat aufzuheben, so müßte, um die Ausgaben des Staates zu decken, die Einkommensteuer sofort mindestens auf 6 Prozent erhöht werden. Kann ein praktischer Politiker einen solchen Schritt thun? Würde dadurch nicht das schließliche Ziel aufs äußerste gefährdet sein? Wohin die schließliche Entwicklung führt, wissen wir nicht, wir haben aber den richtigen Weg eingeschlagen und uns ein Ziel gesteckt, welches wir erreichen können. Was die Entlastungen betrifft, so sind schon früher in der gesammten Klassensteuer 26 Millionen erlassen worden, wozu jetzt weitere 4 Millionen kommen sollen. Durch die Debatte im Hause habe ich allerdings auch eine verstärkte Neigung bekommen, wenn es finanziell durchführbar ist, den Steuertarif noch mehr für die Steuerstufe über 3000 M. zu erleichtern. (Beifall.) Ich kann keine bestimmten Versprechungen in dieser Beziehung machen, weil ich die Stellung des Staatsministeriums nicht kenne, aber das Bestreben liegt innerhalb des Programms der Regierung. Soweit also die finanzielle Seite dem nicht entgegensteht, werde ich diese Bestrebungen unterstützen (Beifall). Aber so gar unbedeutend sind die bezeichneten Entlastungen nicht. Ein Drittel aller Gewerbetreibenden wird doch entlastet, und nur die höheren Betriebe stärker herangezogen. Für den kleinen Handwerker bedeutet es dagegen schon etwas sehr Erhebliches, wenn er jetzt 12 bis 20 Mark zahlen muß. Ich glaube daher nicht, daß der Handwerkerstand Herrn Richter beitreten wird, wenn er die Reform der Gewerbesteuer in dieser Weise charakterisirt. Uns liegt die Tendenz, hier eine verkehrte Sozialpolitik gegen die Großbetriebe zu treiben, ganz fern. Wir fragen die großen Betriebe selbst, ob sie es für richtig halten, daß sie nur mit $^1/_2$ bis $^1/_{10}$ Prozent zahlen, während die kleinen Betriebe bis zu 4 Prozent zahlen, und ich bin der Antwort darauf nicht zweifelhaft. Das deutsche Bürgerthum ist gerecht genug, um diese Reform als in sich begründet und nothwendig anzuerkennen. Eine Reihe von sehr hoch Besteuerten hat mich auch in dieser Ansicht bestärkt, und darum sage ich, wo lediglich Gerechtigkeit gefordert wird, da giebt es kein Parteiinteresse. Ich habe den Ueberschuß des Jahres 1890/91 durchaus nicht weggesprochen. Derselbe darf aber nicht für sich betrachtet werden, sondern man muß auf eine Reihe von Jahren zurückgehen. Bedenken Sie nun, daß die Schuldentilgung seit 1882 durchschnittlich noch nicht $^1/_3$ Prozent beträgt, so wird man nicht sagen können, daß dieser Betrag bei einer Schuldenlast von 5800 Millionen Mark zu hoch sei. Wie stimmt denn überhaupt der Einwand, daß die Reform der direkten Steuer nichts bedeute, mit dem ganzen Programm des Hrn. Richter? Er hat doch jahrelang hier Gelegenheit gehabt, unnöthige Ausgaben zu bekämpfen und zu sagen, wo Ersparungen möglich sind; ich werde mich freuen, wenn er das wenigstens in Zukunft thut. Meine Bundesgenossenschaft wird er dann in vollem Maße haben. Wenn aber die Ausgaben nicht wesentlich vermindert werden, woher sollen wir denn die Einnahmequellen erhalten? vermindern wir diese im Reich, so erhöhen wir die Matrikularumlagen und müßten dann auch die direkten Steuern erhöhen. Um das aber zu können, müssen dieselben, wenn nicht die Ungerechtigkeit verdoppelt werden soll, richtig veranlagt werden. Wenn Herr Richter gleich die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer unter Beseitigung der lex Huene überwiesen sehen will, kann er garantiren, daß die Summe aus der lex Huene im nächsten Jahre statt 47 auch nur 30 Millionen betragen werden? Seine Behauptung, daß die lex Huene den Kommunen nichts genützt hätte, wird von jedem, der in den Kommunen mitgewirkt hat, widerlegt werden. Jedenfalls aber liegen gerade in der Ueberweisung schwankender Einnahmen besondere Gefahren für den Kommunalhaushalt, während fixirte Einnahmen, auch wenn sie jährlich geringer sind, mehr Vortheile haben. Denn übermäßig hohe Einnahmen verführen in einem Jahre zu großen Ausgaben, die bei Verminderung der Einnahmen nicht plötzlich unterlassen werden können. Die Ueberweisungen werden sich auf der Höche der Ueberschüsse halten, und dadurch wird auch der Grundgedanke des ganzen Planes einer Kommunalsteuerreform im höchsten Grade erleichtert werden. Ueber die Reform auch der Kommunalbesteuerung schon Einzelheiten zu geben, halte ich nicht für angebracht, das würde Material geben nicht für eine günstige sondern eine ungünstige Kritik. So sehr ich der Ansicht bin, daß die Ertragsteuer zu Gunsten der Personalsteuer im Staat vermindert werden muß, so wenig unterschreibe ich diesen Satz für die Kommune. Die Ausgaben der Kommunen kommen Allen zu gute. Die Nachtheile, die dem Staat aus dem Nichtabziehen der Schulden erwachsen, traten bei der Gemeinde zurück. Der gänzlichen Aufhebung der Gewerbesteuer würde ich nicht beitreten. Man könnte allerdings wenn man tabula rasa hätte, von vornherein eine Gewerbesteuer konstruiren, die mehr als die jetzige geeignet ist, demnächst zu einer ausschließlichen Kommunalsteuer zu werden; sie aber ganz aufzuheben, wäre ganz verkehrt. Wir haben sehr viele Betriebe, die an sich schon einen selbständigen Werth haben, die aber mit einem sehr geringen Anlagekapital arbeiten. Es wäre nun verkehrt, solche Betriebe geringer zu besteuern als Betriebe mit großem Anlagekapital und dem gleichen Ertrage. Sollte einmal die Gewerbesteuer zur Kommunalsteuer gemacht werden, so würde die Sache ein anderes Gesicht haben, denn dann würde man nicht die Gewerbetreibenden, sondern die gewerbliche Anlage selbst besteuern. Wer zieht denn die Arbeiter in die Stadt hinein? wer vermehrt die Armenlast, die Schullast! Doch nicht allein der Hausbesitzer, sondern in viel höherem Maße der Gewerbebetrieb. Die heutige Besteuerung ist in dieser Beziehung irrationell und wir werden darum die Aktiengesellschaften noch schärfer ins Auge zu fassen haben. Sie werden heute von den Gemeinden nach Maßgabe der Dividenden besteuert, also in Zeiten, welche günstig sind, günstig auch für die Gemeinde, hoch, in ungünstigen Zeiten, in denen gerade die Ausgaben der Gemeinde wachsen, niedrig. Wäre es nicht besser, wenn die Steuer fest fixirt wäre? Der Steuersatz in der Einkommensteuer bleibt derselbe. Die Regierung hat gar nicht den Versuch gemacht, mehr als 3 Prozent maximo zu erheben. Wenn aber der Steuersatz derselbe bleibt und doch Mehreinnahmen kommen, ist das ein Bluten der Steuerpflichtigen? Heißt das nicht vielmehr, daß da geleistet wird, wo geleistet werden kann, wo auch in der Vergangenheit hätte geleistet werden sollen? (Sehr richtig! rechts.) — Ganz deutlich habe ich Herrn Richter nicht verstanden, ob er wirklich die Deklaration für einen Fortschritt hält. Er hat so viel um die Sache herumgesprochen, daß ich fast glauben könnte, er hätte sie weggesprochen (Heiterkeit). Heute kann man einen moralischen Vorwurf niemanden daraus machen, der sich zu gering hat einschätzen lassen. Wenn aber jetzt auf Bürgerehre gefragt wird, so traue ich der großen Mehrzahl der preußischen Steuerpflichtigen nicht zu, daß sie lügt. Dann muß man aber die Deklaration einführen. Aber es wäre zu weit gegangen, wenn man diesen Glauben unbedingt auf alle Steuerpflichtigen anwenden wollte. Wollen Sie das große Feld des Irrthums und der falschen Auffassung außer acht lassen? Hier wird die Einschätzungskommission nachhelfen. Außerdem bleiben aber noch böswillige Elemente vorhanden, und wenn man das übersehen wollte, so wäre man ein Idealist, der sich an der praktischen Gesetzgebung nicht betheiligen sollte. Denn es wäre noch schlimmer, wenn man sagen müßte: die Ehrlichen haben mehr zu zahlen, die Unehrlichen gehen frei aus. Ich habe mich gewundert, daß Herr Richter den Satz, daß diese Reform der direkten Steuern zum Ruin der Gemeinden führen werde, in einer Zeit ausgesprochen hat, wo wir den Gemeinden gerade die Erträgnisse aus den Mehreinkommen zuführen wollen. Eine Reihe von Kommunen haben schon die untersten und mittleren Klassen befreit und erleichtert. Ruinös ist bisher gewesen die unrichtige, ungleichmäßige Veranlagung der Staatssteuern, die sich in den Gemeindezuschlägen verdoppelte und verdreifachte. Wenn wir nach Einführung der Deklarationspflicht mehr Einblick haben in das Verhältniß zwischen fundirten und unfundirten Einkommen, so werden wir diese Erfahrungen auch für die Einkommensteuer verwerthen können. Herr Richter hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir durch die Heranziehung der Genossenschaften einen sozialen Rückschritt thun. Wir sind da der Reichsgesetzgebung gefolgt und wollen ja nur diejenigen Genossenschaften besteuern, deren Betrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus geht. Das haben wir gerade im Interesse des kleinen Gewerbetreibenden gethan, der durch die Konkurrenz dieser Genossenschaften zu leiden hat. Was die landwirthschaftlichen Brennereien betrifft, so ist es durchaus unrichtig, als ob wir damit einen tendenziösen und prinzipienwidrigen Vortheil gerade der Landwirthschaft hätten zutheilen wollen. Die Gewerbesteuer hat gar keinen fiskalischen Charakter. Soll Preußen das Gegentheil von dem thun, was das Reich im Interesse der Landwirthschaft gethan hat? (Lebhafter Beifall rechts.

Von der Quotisirung steht in diesem Gesetz so viel wie man vom Standpunkt der Freunde der Quotisirung bei Gelegenheit der hier zu erörternden Fragen überhaupt zu fordern berechtigt ist. Ich muß mich aber wundern, daß bei der Klage über die hohe Steigerung der indirekten Steuern im Verhältniß zu den direkten, eine Reform in Preußen solchen Widerstand findet. Ich bin überzeugt, wo wir auch angefangen hätten, immer wäre es nicht recht gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Ist es richtig, daß die indirekten Steuern schwer lasten, so wird man mir doch zugeben, wenn ich den Arbeiter, den kleinen Gewerbetreibenden entlaste in Bezug auf die direkte Steuer, so ist das doch eine Wohlthat, und Herr Richter müßte die Regierung in diesem Bestreben unterstützen. Herr Richter hat dann schließlich von dem nationalliberalen Minister spöttisch gesprochen. Auf mich macht das keinen Eindruck. Vielleicht aber hat er sich das gestattet, weil er wußte, daß ich mir daraus nichts mache. (Heiterkeit.) Ich freue mich, an einem Werke mitwirken zu können, das nach keiner Seite hin den Charakter einer Fraktionspolitik hat. Wir sollten in Deutschland das uns Verbindende, Gemeinsame, Versöhnende in den Vordergrund stellen. Ich halte Männer, die eine Lebensaufgabe darin suchen, das Gegentheil zu thun, nicht für nützliche Männer. Wie lange ich auch an dieser Stelle die Staatsinteressen vertreten werde, darüber können Sie sich beruhigen, daß ich nichts thun werde, was ich nicht in vollem gutem Glauben als ehrlicher Mann im Interesse der Gesammtheit thun kann, und ich bin froh, daß nach einer zu langen Stockung die Staatsregierung eine Politik der Reform begonnen hat, die in maßvoller Weise in der Hoffnung auf die Mitwirkung aller besonnenen Männer, darauf ausgeht, die Zufriedenheit und die Kraft des Staates zu erhöhen. Nach dieser Hoffnung handele ich, hätte ich sie nicht, würde ich nicht an dieser Stelle stehen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen).

Darauf wird ein Vertagungs-Antrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter (persönlich): Daß der Herr Finanzminister die Einleitung zu seiner Erwiderung nicht aus meiner Rede selbst, sondern weither aus der „Freisinnigen Zeitung“ entnommen, spricht gewiß nicht gegen den Inhalt meiner Rede. Die „Freisinnige Zeitung“ freilich liegt dem Hause in jenen Sommerartikeln nicht vor. Es ist leicht, hierbei etwas aus dem Zusammenhang zu reißen. Indem ich damals die Erbschaftssteuer eher als Reichssteuer oder als Gemeindesteuer, denn als neue Staatssteuer annehmbar erklärte, habe ich die Erbschaftssteuervorlage doch noch nicht so ungünstig beurtheilt, wie es sonst allseitig hier geschehen ist. Wegen jener Artikel kann mir daher Voreingenommenheit gegen Herrn Miquel und seine Pläne am wenigsten vorgeworfen werden. Ich hätte über Herrn Miquels Steuerpläne ebenso wenig wie über Herrn v. Goßler und Herrn Herrfurths Gesetze Kritiken geschrieben vor ihrer Vorlegung im Landtag, wenn nicht damals ein Heer von Offiziösen Tag für Tag durch belobigende Artikel über die neuen in Vorbereitung begriffenen Steuerentwürfe die öffentliche Meinung zu kaptiviren gesucht hätte. Diesen Anpreisungen habe ich natürlich die Kritik entgegensetzen müssen. Nicht derjenige verhetzt die verschiedenen Interessen gegen einander, der auf einseitige und ungerechte Interessenpolitik hinweist, sondern derjenige, welcher dieselbe durchzuführen sucht. Fraktionsinteressen sind in meinen Augen nicht zu scheiden vom allgemeinen Interesse, wie dies Herr Miquel nach dem Vorgang des Fürsten Bismarck versucht. Man verfolgt in einer Fraktion bestimmte Grundsätze, weil man dieselben für die Allgemeinheit am richtigsten hält. Insbesondere bin ich mir bewußt, nützlich gewirkt zu haben, so oft ich jener einseitigen agrarischen Politik entgegentrat, die allerdings auch von Herrn Miquel im Reichstag, sei es in Befürwortung der Schnapsbrennerprivilegien, sei es in Begünstigung anderer agrarischen Interessen, vertreten worden ist.

Abg. Dr. Enneccerus: Herr Richter hat es versucht, sein Urtheil über die Politik des Fürsten Bismarck auch zum erheblichen Theil meiner Fraktion zu unterschieben. Ich protestire dagegen vollständig. Wir erkennen höchstens an, daß in der letzten Zeit neben den großen Reformen im Reiche die Aufgaben des Landtages etwas haben zurücktreten müssen. Wir vergessen aber in Inhalt und Form unserer Aeußerungen niemals die großen Verdienste dieses großen Mannes.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 23. November.

— Der „Reichsanzeiger“ publizirt heute die schon telegraphisch gemeldete Verleihung des Großkreuzes des Rothen Adlerordens an Professor Dr. Koch. Der Kaiser hat, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, Herrn Koch in längerer Audienz

empfangen, sich ausführlichen Vortrag über seine neue Entdeckung halten lassen und ihm persönlich das Großkreuz des Rothen Adlerordens, den höchsten preußischen Orden nach dem Schwarzen Adlerorden, überreicht. Eine solche außerordentliche Auszeichnung dürfte bisher schwerlich dagewesen sein; sie ist um so größer, als bisher Dr. Koch überhaupt noch nicht eine Klasse des Rothen Adlerordens besaß und somit sämmtliche Klassen desselben übersprungen hat. Dr. Koch wurde auch von der Kaiserin empfangen.

— Prinz und Prinzessin Adolf von Schaumburg trafen gestern Nachmittag gleich nach 2 Uhr in Lindhorst, der ersten Eisenbahn-Station des Fürstenthums, ein und wurden daselbst von dem Geh. Regierungsrath v. Frese als Kommissar des Fürsten empfangen. Bauernmädchen in Landestracht überreichten dem hohen Paare ein Bouquet. Als der Zug in den Bahnhof zu Bückeburg einfuhr ertönten die Glocken und wurden 21 Salutschüsse gelöst. Das hohe Paar fuhr sodann in geschlossener Galakutsche unter Voranritt von 200 Bauern in lippescher Landestracht, durch die festlich geschmückte Bahnhofstraße, in welcher die Bürgerschaft, Vereine und Schulen Spalier bildeten, und welche trotz des Regens mit Menschen dicht besetzt war, nach der Stadt. Am Rathhause begrüßte Oberbürgermeister Burchard den Prinzen und seine Gemahlin mit einer Ansprache. Beim Schlosse empfingen Fürst und Fürstin mit den Prinzen und Prinzessinnen des Hauses die Neuvermählten, während die Bevölkerung begeisterte Ovationen darbrachte, welche sich stets wiederholten, so oft sich die Prinzessin dankend am Fenster zeigte. Abend war im Schloß Galadiner zu 120 Gedecken, später fand ein Fackelzug der Bürger und der Bergleute statt.

— Zu dem heute beim Reichskanzler General v. Caprivi stattfindenden Diner hat der Kaiser sein Erscheinen zugesagt.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Zuckers, angenommen.

Lokales.

Posen, den 24. November.

* Provinzial-Aktien-Bank. Die am 22. d. Mts. stattgehabte außerordentliche General-Versammlung der Aktionäre der Provinzial-Aktien Bank des Großherzogthums Posen genehmigte einstimmig die Fortdauer der Gesellschaft auf nicht beschränkte Zeit und den von der Verwaltung vorgelegten neuen Statuten-Entwurf.

—u **Der erste Schnee** in diesem Winter ist hier gestern gegen Mittag gefallen, derselbe war indeß stark mit Regen untermischt.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 23. Nov. In der hiesigen medizinischen Klinik wurden vorgestern und gestern von Professor Lichtheim im Beisein zahlreicher Aerzte die ersten Versuche mit dem Kochschen Injektionsmittel bei an Hauttuberkulose und Lungenschwindsucht Leidenden gemacht.

Halle a. S., 23. Nov. Professor Bramann nahm gestern in der chirurgischen Klinik in Gegenwart mehrerer Professoren sowie hiesiger und auswärtiger Aerzte und einer Anzahl von Studirenden an 4 an Haut- und Knochen-Tuberkulose Erkrankten die erste Impfung mit dem Kochschen Heilmittel vor. Die Wirkung war die erwartete.

Hamburg, 23. Nov. Gestern fand der Stapellauf des dritten Dampfers der subventionirten ostafrikanischen Linie statt. Frau v. d. Heydt aus Elberfeld taufte denselben auf den Namen „Kanzler".

Darmstadt, 23. Nov. Der Großherzog, der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen und der Erbgroßherzog sind heute von Berlin hierher zurückgekehrt.

München, 23. Novbr. Der Prinzregent ist mit dem Prinzen Ludwig heute früh zu den Jagden im Spessart abgereist.

Die hiesige Bahnpolizei verhaftete gestern Abend einen wegen betrügerischen Konkurses und Wechselfälschung in Höhe von über 100 000 Mark seit dem 2. Oktober flüchtigen Berliner Kaufmann.

Kempten, 23. Nov. In der hiesigen Zündholzfabrik haben die einheimischen Arbeiter wegen Aufnahme böhmischer Arbeiter einen Ausstand begonnen.

Amsterdam, 23. Nov., Vorm. 9 Uhr 15 Min. Der König Wilhelm III. der Niederlande ist gestorben.

Schloß Loo, 23. Nov. Der Zustand des Königs verschlimmerte sich gestern Abend derartig, daß man alsbald den Dr. Rössingh von Deventer telegraphisch berief, weil es unmöglich erschien, die Aerzte des Königs vom Haag und von Leyden schnell genug herbeizurufen. Die Königin brachte mit den Aerzten Vlaanderen und Rössingh die ganze Nacht am Bett des Königs zu, welcher um $5\frac{3}{4}$ Uhr Morgens verschied. Der tägliche Gottesdienst, welcher in der Kapelle des Schlosses stattfinden sollte, wurde abbestellt. Im Palais sind sämmtliche Fensterläden geschlossen, vom Dache weht die Trauerfahne.

Haag, 23. Nov. Die Minister der Kolonien und der Justiz sind nach Schloß Loo abgereist, desgleichen der Ober-Zeremonienmeister du Tour van Bellinchave. Heute Mittag fand ein Ministerrath statt. Alle Palais und öffentlichen Gebäude sind geschlossen, ebenso die Hotels der Botschafter und Gesandten. Die Fahnen sind Halbmast gehißt; die öffentlichen Vergnügungen fallen aus.

Luxemburg, 23. Nov. Eine von sämmtlichen Ministern unterzeichnete Proklamation bringt den Tod des König-Großherzogs Wilhelm zur Kenntniß des Landes. Derselbe hinterlasse das Land in tiefster Trauer, aber frei, unabhängig und glücklich. Die Geschichte der langen Regierungszeit lasse sich zusammenfassen als 40 Jahre der Freiheit, Unabhängigkeit, ausgedehnter innerer Autonomie und ununterbrochenen Fortschrittes. Dieses Andenken werde den König überleben und Dank der Segnungen des Volkes dem geliebten Fürsten jenseis des Grabes folgen. Mit König Wilhelm erlösche die männliche Linie des Hauses Oranien; die großherzogliche Krone gehe auf Adolf von Nassau über. Das herzgewinnende Wesen und die ritterliche Vergangenheit des Herzogs seien in aller Erinnerung. Die hingebe Opferwilligkeit, mit welcher der Herzog sich den schmerzvollen Pflichten der Regentschaft unterzogen, hätten ihm längst alle Herzen gewonnen. Begeisterte Zurufe würden dem Auslande verkünden, daß Luxemburg im Bewußtsein seines Rechtes, unter dem Schutze einer verehrten Dynastie ruhig und vertrauensvoll der Zukunft entgegensehe. Mit der Krone würden auf den Herzog die Gefühle der Liebe, Treue und Anhänglichkeit übertragen, welche die Luxemburger jederzeit ihren Fürsten entgegengebracht hätten, und welche stets die Grundveste des Thrones und dessen schönster Schmuck gewesen seien. Die Vorsehung walte über dem Fürsten, der großherzoglichen Familie und dem theuren Vaterlande, die immer unzertrennlich sein würden.

Basel, 23. Nov. Die hiesige Universität wählte den Professor Fehling, einen seit zwei Jahren hier lebenden Deutschen, zum Rektor magnificus.

Bern, 23. Nov. In Basel Stadt wurde in heutiger Volksabstimmung die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für die Wahlen in den großen Rath mit 3955 Nein gegen 2685 Ja abgelehnt.

Paris, 22. Nov. Die Deputirtenkammer nahm einen von dem Deputirten Siegfried eingebrachten Antrag auf Bewilligung von 40 000 Frcs. für eine Elsässer Schule an.

Paris, 23. Nov. Die Vieheinfuhr über die belgische Grenze ist deshalb verboten worden, weil angeblich von deutschen Exporteuren krankes Vieh über Belgien nach Frankreich gesendet werde.

Der Handelsminister theilte der Viehzoll-Subkommission mit, für geräuchertes Schweinefleisch, Würste und Schweinefett würde je nach dem Werthe ein Zoll von 30 bis 15 Frcs. für 100 Kilogramm beantragt werden.

Paris, 22. Nov. Dem „Echo de Paris" zufolge stellte der Kriegsminister die Höhe des Offizierkadres der Infanterie für das Jahr 1891 mit 12 278 fest.

Lissabon, 23. Nov. Die brasilianischen Freiwilligen für den Dienst im portugiesischen Ostafrika, 165 an der Zahl, sind auf dem französischen Packetboot „Brésil" hier eingetroffen.

Newyork, 23. Nov. Nach letzten hier eingegangenen Nachrichten rücken die Sioux-Indianer, welche von dem Glauben an einen kommenden Messias erfüllt sind, über die Pine-Ridge-Berge vor. Dem Newyorker Journal „Sun" zufolge beträgt die Anzahl der indianischen Krieger ca. 1500 während die Stärke der Unionstruppen und Grenzpolizei nicht 500 Mann übersteigt.

Newyork, 23. Novbr. Ein großes vierstöckiges Gebäude in Jersey-City, der Firma Wells, Fargo und Co. gehörig, stürzte ein. Ein Arbeiter wurde getödtet, 12 erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Frankfurt a. M., 24. Nov. In der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" und in den Privatwohnungen des Herausgebers Sonnemann und des Chefredakteurs Stern fanden polizeiliche Haussuchungen nach dem Manuskript der Stuttgarter Korrespondenz über den Offiziersball des Ulanenregiments Nr. 19 statt, derentwegen gegen die „Frankfurter Zeitung" Strafantrag gestellt wurde. Die Haussuchungen waren erfolglos. Die in öffentlichen Wirthschaften vorgefundenen Exemplare der betreffenden Nummer wurden beschlagnahmt.

Ulm, 23. Nov. (Katholikentag.) Die heutige Versammlung von Katholiken aus Ulm und Umgegend war von etwa 3000 Personen besucht. Den Vorsitz führte Graf Rechberg-Rotenlöwen. Die dem Katholikentage vorzulegenden Resolutionen fordern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Freiheit der Kirche, die volle Unabhängigkeit des Papstes inbegriffen, Erhaltung der konfessionellen Schule, Unterstützung der katholischen Presse, Gründung katholischer Vereine, Uebermittelung des Antrages an die württembergische Regierung auf Zulassung aller Männerorden, und auf Aufhebung aller für weibliche Orden bestehenden Beschränkungen, sowie die Bitte an den Reichstag um Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Wien, 24. Nov. Graf Julius Karolyi, Mitglied des Oberhauses und Präsident des Vereins zum Rothen Kreuz ist gestorben.

Handel und Verkehr.

** **Reichsbank.** Von zuständiger Seite geht dem „B. T." folgende Mittheilung zu: Wie die Ziffern des demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Ausweises ergeben werden, ist der Status der Reichsbank ein günstiger. Die Reserven der Bank vermehren sich fortdauernd in starkem Maße, und es erscheint von Bedeutung, daß dies nicht nur durch Zufluß von Gold, welches der Bank ja stets wieder entzogen werden könnte, sondern auch durch wesentliche Abnahme der Anlage-Konti geschieht. Wenn nun an und für sich der Status der Bank der Herabsetzung des Diskonts nicht im Wege stehe, so könne eine solche Maßregel aber, solange am offenen Geldmarkt ein so hoher Privatdiskont herrscht, nicht in Erwägung gezogen werden. Auch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß möglicherweise am hiesigen Platze noch Guthaben der russischen Regierung bestehen, welche unerwarteter Weise zurückgezogen werden könnten. Ob solche Guthaben und in welcher Höhe dieselben eventuell vorhanden sind, entzieht sich der Kenntniß der Reichsbank. In diesem Falle würde sicherlich von der Bank Gold verlangt werden. Ueberhaupt sei es schwierig, sich in Zeiten, wie die jetzigen, über die fernere Gestaltung des Geldmarktes auf längere Zeit vorher zu äußern, da sich die Lage durch neue Ereignisse verändern könnte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22.	Novber.	Mittags	1,92	Meter.
„ „ 23.	„	Morgens	1,88	„
„ „ 24.	„	Morgens	1,88	„

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 22. Nov. Ermattend.
$3\frac{1}{2}$% ige L.-Pfandbriefe 96,85, 4% ige ungarische Goldrente 89,50, Konsolidirte Türken 17,90, Türkische Loose 78,00, Breslauer Diskontobank 105,00, Breslauer Wechslerbank 105,00, Schlesischer Bankverein 123,00, Kreditaktien*) 164,50, Donnersmarckhütte 80,25, Oberschlesische Eisenbahn 90,25, Oppelner Zement 1[illegible]7,00, Kramsta 131,00, Laurahütte 135,50, Verein. Oelfabr. 95,50, Oesterreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 240,85. *) per ultimo.
Schles. Zinkaktien 197,00, Oberschles. Portland-Zement 118,75, Archimedes —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,50, Flöther Maschinenbau 117,00.

Frankfurt a. M., 22. Novbr. Effekten-Sozietät (Schluß). Kreditakt. $260\frac{7}{8}$, Franzosen $210\frac{3}{4}$, Lombarden $118\frac{1}{2}$, Galzier —, Egypter 96,50, 4% ungar. Goldrente 89,50, 1880er Russen 96,70, Gotthardbahn 158,50, Diskonto-Kommandit 208,40, Dresdner Bank 150,60, Laurahütte 135,50, Gelsenkirchen 167,80, Courl Bergwerk —,—, Griechische Monopol-Anleihe —,—, Darmstädter Bank —,—, Deutsche Bank —,—, Mexikaner —,—, Argentinier —,—, Tabaksaktien 154,10. Ruhig.

Wien, 22. Nov. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 350,25, österr. Kreditaktien 296,35, Franzosen 238,75, Lombarden 133,75, Galizier 201,75, Nordwestbahn 218,00, Elbethalbahn 225,00, österr. Papierrente 88,05, do. Goldrente 107,70, 5proz. ungar. Papierrente 99,15, 4proz. do. Goldrente 101,40, Marknoten 56,45, Napoleons 9,10, Bankverein 116,00, Tabaksaktien 135,75, Alpine Montan 91,90, Unionbank 236,50, Länderbank 220,90. Schwach.

London, 21. Novbr., Abends. Preußische Consols 104, engl. $2\frac{3}{4}$proz. Consols $95\frac{7}{16}$, konv. Türken $17\frac{5}{8}$, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) $97\frac{1}{2}$, Italiener $92\frac{1}{8}$, 4proz. ungarische Goldrente $89\frac{1}{4}$, 4proz. unific. Egypter $94\frac{1}{2}$, Ottomanbank 14, 6proz. konsol. Mexikaner alte $91\frac{3}{4}$, neue Mexikaner $2\frac{1}{4}$proz. perde, Silber $46\frac{1}{2}$, Lombarden —, $3\frac{1}{8}$proz. Egypter $90\frac{1}{4}$, De Beers —, Rio Tinco —, Suezaktien —, Rupees $80\frac{7}{8}$.
In die Bank flossen heute 47 000 Pfund Sterl.

Petersburg, 22. Novbr. Wechsel auf London 83,50, Russ. II. Orientanleihe $102\frac{1}{2}$, do. III. Orientanleihe $104\frac{3}{4}$, do. Bank für auswärtigen Handel 270, Petersburger Diskontobank 594, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank $484\frac{1}{2}$, Russ. $4\frac{1}{2}$proz. Bodenkredit-Pfandbriefe $134\frac{3}{4}$, Große Russ. Eisenbahn 209, Kursk-Kiew-Aktien —,—, Russ. Südwestbahn-Aktien 111.
Privatdiskont 5 Prozent.

Rio de Janeiro, 21. Nov. Wechsel auf London 22.

Produkten-Kurse.

Köln, 22. Nov. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 22,00, per November 20,40, per März 19,55. Roggen hiesiger loko 17,50, fremder loko 19,25, per November 18,15, per März 17,15. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder 17,00. Rüböl loko 63,50, per Mai 58,90.

Bremen, 22. Nov. Petroleum. (Schlußbericht) ruhig, Standard white loko 6,30 Br.
Aktien des Norddeutschen Lloyd $145\frac{1}{8}$ Gd.

Norddeutsche Wollkämmerei 210 Br.

Hamburg, 22. Nov. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Nov. 12,27½, per Dez. 12,45, per März 1891 12,97½, per Mai 13,20. Ruhig.

Hamburg, 22. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Novbr. 86, per Dezbr. 83¼, per März 77¼, per Mai 76. Behauptet.

Hamburg, 22. Novemb. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko — —, neuer 184—195. Roggen loko fest, mecklenburg. loko neuer 178—188, russischer loko fest, 133—136. Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverzollt) fest, loko 59. Spiritus fest, per November 29¼ Br., per Novbr.-Dezbr. 29¼ Br., per Dezember-Januar 29 Br., per April-Mai 29 Br. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. Petroleum ruhig. Standard white loko 6,30 Br., per Dezemb. 6,20 Br. Wetter: Regnerisch.

Pest, 22. November. (Produktenmarkt.) Weizen loko fest, per Herbst —,— Gd., —,— Br., Frühjahr 8,08 Gd. 8,10 Br. — Hafer per Herbst — Gd. — Br., Frühjahr 7,34 Gd. 7,36 Br. — Mais per Mai-Juni 91 6,27 Gd. 6,29 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,60 a 13,65. Wetter: Regen.

Paris, 22. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per November 25,80, per Dezember 25,60, per Januar-April 25,60, per März-Juni 26,00. Roggen ruhig, per November 16,70, per März-Juni 17,20. Mehl beh., per November 58,60, per Dezember 58,30, per Januar-April 58,10, per März-Juni 58,10. Rüböl ruhi, per November 63,00, per Dezember 63,50, per Januar-April 64,00, per März-Juni 64,50. Spiritus ruhiger, per November 38,00, per Dezember 38,50, per Januar-April 39,00, per Mai-August 40,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 22. Nov. (Schlußbericht.) Rohzucker 88° behauptet, loko 33,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 35,50, per Dezember 35,62½, per Januar-April 36,37½, per März-Juni 37,00.

Havre, 22. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 16 000 Sack, Santos 17 000 Sack. Recettes für gestern.

Havre, 22. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Dezember 105,25, per März 1891 98,00, per Mai 96,50. Ruhig.

Amsterdam, 22. Nov. Bancazinn 56.

Amsterdam, 22. Nov. Java-Kaffee good ordinary 58½.

Amsterdam, 22. Nov. Getreidemarkt. Weizen per November —, per März 223. Roggen per März 159 à 160, per Mai 156.

Antwerpen, 22. Nov. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer unverändert. Gerste fest.

Antwerpen, 22. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16 bez. und Br., per Novbr. 16 Br., per Dezember 16 Br., per Januar-März 16¼ Br. — Fest.

London, 22. Nov. 96 pCt. Javazucker loko 15 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 12⅜ ruhig. Centrifugal Kuba —.

London, 22. Nov. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

Glasgow, 22. Nov. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres Warrants 48 sh. 9½ d.

Liverpool, 22. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Träge.

Middl. amerikanische Lieferungen: November-Dezember 5 5/32 Verkäuferpreis, Dezember-Januar 5 11/64 do., Januar-Februar 5 15/64 do., Februar-März 5 19/64 do., März-April — do., April-Mai 5 23/64 Käuferpreis, Mai-Juni 5 13/32 do., Juni-Juli 5 7/16 do., Juli-August 5 15/32 d. Käuferpreis.

Liverpool, 22. Nov. (Weitere Meldung.) Madras Tinnevelly good 4⅞.

Liverpool, 21. Nov. Getreidemarkt. Weizen 1 d., Mais ¼ d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Regen.

Newyork, 21. Novbr. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 260 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 125 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Contingent 140 000 Ballen. Vorrath 604 000 Ballen.

Newyork, 22. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 7/16, do. in New-Orleans 9 1/16. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,35 Gd., do. in Philadelphia 7,35 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,30, do. Pipe line Certificates per Dezember 69⅝. Stetig. Schmalz loko 6,25, do. Rohe u. Brothers 6,50. Zucker (Fair refining Muscovados) 4⅞ nom. Mais (New) Dezbr. 58¾. Rother Winterweizen loko 103⅞. — Kaffee (Fair Rio-) 19¼. Mehl 3 D. 65 C. Getreidefracht 3. Kupfer per Dezbr. nom. Weizen per Novbr. 102, per Dezember 102½, per Mai 105⅞. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per Dezember 17,07, per Februar 15,62.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 9 941 277 Doll. gegen 10 616 123 Doll. in der Vorwoche, davon für Stoffe 1 984 836 Doll. gegen 1 809 206 Doll. in der Vorwoche.

Berlin, 23. Nov. Wetter: Aufklärend.

Newyork, 22. Nov. Rother Winterweizen per November 1 D. 2 C. per Dezember 1 D. 2½ C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 22. Nov. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstig lauteten. Die sonstigen vorliegenden auswärtigen Nachrichten wirkten gleichfalls befestigend. Das Geschäft entwickelte sich Anfangs ziemlich lebhaft zu theilweise anziehenden Notirungen. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs trat aber in Folge von Realisationen und stärkerem Hervortreten der Contremine aufs Neue eine Abschwächung der Haltung hervor und der Schluß erschien schwankend.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Gesammthaltung für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist behaupten, blieben aber ruhig, Russische Noten schwächer.

Der Privatdiskont wurde mit 5¼ Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien ziemlich lebhaft und nach festerer Eröffnung zu etwas abgeschwächter Notiz um; Franzosen und Lombarden waren matter, auch Dux-Bodenbach und Warschau-Wien im Laufe des Geschäfts nachgebend; andere ausländische, auch schweizerische Bahnen, schwankend.

Inländische Eisenbahnaktien behauptet und in mäßigem Verkehr; Marienburg-Mlawka Anfangs fester, dann abgeschwächt, Ostpreußische Südbahn etwas besser.

Bankaktien zumeist fest; die spekulativen Diskonto-Kommandit-Antheile der Haupttendenz entsprechend nach höherem Beginn schwankend; Berliner Handelsgesellschafts-Antheile und Aktien der Deutschen Bank schwach.

Industriepapiere theilweise lebhafter und fester; Montanwerthe weniger fest, theilweise schwächer.

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Nov. Die Getreidebörse war heute für **Weizen** recht fest, und es wurden etwas bessere Preise bewilligt; das Geschäft hielt sich aber in sehr engen Grenzen. **Roggen** konnte sich bei dem anhaltenden Mangel an geeignetem Angebot ferner um 1 Mark erholen. Der Umsatz war dabei recht belebt. **Hafer** still und wenig verändert. **Roggenmehl** in ziemlich gutem Umsatz zu besseren Preisen. **Rüböl** unverändert. **Spiritus** fest auf Meinungskäufe und Deckungen für alle Termine; und es wurden 20 bis 30 Pf. bessere Preise angelegt. Auch Lokowaare zog in Folge dessen etwas an.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko geschäftslos. Termine wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 184—195 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 191 Mark, per diesen Monat 194 bis 194,5—194 bezahlt, per November-Dezember 192,5—192,75 191,75 bez., per Dezember-Januar —,—, per März-April —,—, per April-Mai 192 bis 192,5 bis 191,75—192 bez., per Mai-Juni — bezahlt.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko guter Umsatz. Termine schließen matt. Gekündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 187 M. Loko 179—187 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 185 M., inländischer 183,5—185 ab Bahn bezahlt, per diesen Monat 187,5 bis 185,5 bez., per November-Dezember 182—182,55—181 bez., per Dezember-Januar 179 bez., per Januar-Februar 1891 — bez., per April-Mai 170 bis 169,5 bezahlt, per Mai-Juni — bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Unverändert. Große und kleine 137 bis 205 M. nach Qualität. Futtergerste 138—150 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine wenig verändert. Gekündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 143 M. Loko 141 bis 157 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 144 M., pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 142—146, feiner 147 bis 154 ab Bahn bez., per diesen Monat und per November-Dezember 142,75—143 bezahlt, per Dezember-Januar —,—, per Februar-März —,—, per April-Mai 140,25 bis 140,5 bezahlt, per Mai-Juni —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko höher. Termine still. Gekündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 136,5 M. Loko 137—143 M. nach Qualität, per diesen Monat 137 M. bez., per November-Dezember 136—136,5 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 1891 —.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 160—200 M., Futterwaare 148—154 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine höher. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — Mark, per diesen Monat 25,85—,80 bez., per November-Dezember 25,35 bis 25,30 bezahlt, per Dezember-Januar 25,10 bezahlt, per Januar-Februar 1891 24,90 bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 1891 23,80—,75 bezahlt.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko 23,00 M., per diesen Monat — M.

Feuchte Kartoffelstärke per diesen Monat — M., per Nov.-Dezember —,— M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko 23,00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Unverändert. Gekündigt 2300 Ztr. Kündigungspreis 57,2 M. Loko mit Faß — bez., loko ohne Faß — bez., per diesen Monat 57,2 bez., per November-Dezember 57,2 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 57,2 bezahlt.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 60,5 bez., per diesen Monat —, per September-Oktober —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 40,9 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —, per Okt.-November — bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Ferner gestiegen. Gekündigt 20 000 Liter. Kündigungspreis 40 Mark. Loko mit Faß — M., per diesen Monat 40—,2—,1 bez., per November-Dezember 39,8—40,1 bis 40 bez., per Dezember-Januar —,— bez., per Januar-Februar 1891 —,— bez., per April-Mai 41,1 bis 41—,4—,2 bezahlt, per Mai-Juni 41,3—,5— bezahlt, per Juni-Juli 41,8—42,1—42 bezahlt, per Juli-August 42,5—,7—,6 bez., per August-September 42,9—43,1 bis 43 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26,00, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. Etwas billiger offerirt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 26,00—25,25, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 26,75—26,00 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sack. Hiesige Marken begehrt, fremde etwas mehr offerirt.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 22.

Amsterdam	2½	8 T.	168,30 bz
London	5	8 T.	20,40 bz
Paris	3	8 T.	80,40 bz
Wien	4½	8 T.	176,60 bz
Petersburg	6	3 W.	239,50 bz
Warschau	6	8 T.	239,50 bz

In Berlin 5½. Lombard 6 u. 6½.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	16,12 G.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,45 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,50 B.
Oestr. Noten 100 fl.	177, 0 bz
Russ. Noten 100 R.	240,25 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,25 bz G.
do. do.	3½	97,50 bz
do. do.	3	86,30 bz
Prss. cons. Anl.	4	104,90 bz
do. do.	3½	97,90 bz
do. do.	3	86,30 bz
Sts.-Anl. 1868	4	101,10 G.
Sts-Schld-Sch.	3½	99,70 bz
BerlStadt-Obl.	3½	95,90 bz G.
do. do. neue	3½	97,25 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	
Pfandbriefe: Berliner	5	115,00 bz G.
do.	4½	110,00 G.
do.	4	102,80 G.
do.	3½	96,70 bz
Ctrl. Ldsch	4	103,25 G.
do. do.	3½	96,00 3½ 84,75
Kur. u Neumrk. neue	3½	98,50 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	95,40 bz G.
Pommer.	3½	96,50 bz G.
do.	4	
Posensch.	4	101,10 bz G.
do.	3½	98,25 G.
Schl. altl.	3½	97,10 G.
do. do.	4	
ldschl. LtA.	3½	96,60 G.
do.	4	
do. do. neu	3½	96,60 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	95,75 G.
do. neul. II.	3½	95,75 G.
Renten: Pommer.	4	102,10 bz
Posensch.	4	102,10 bz
Preuss	4	102,10 bz
Schles.	4	102,20 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	102,50 G.
Bayer. Anleihe	4	104,50 bz G.
Brem. A. 1890	3½	
Hmb. Sts. Rent.	3½	86,70 bz
do. do. 1886	3	85,00 G.
do. amortAnl.	3½	96,50 G.
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	86,25 G.
Prss. Präm-Anl	3½	172,75 bz
H. Pr.-Sch. 40 T.	—	327,25 bz
Bad Präm.-An.	4	136,75 G.
Bayr Pr.-Anl.	4	138 50 B.

Brnsch. 20. T.L.	—	103 00 bz G.
Cöln-M. Pr.-A	3½	137,00 B.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	132,75 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	131,90 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	26,80 bz
Oldenb. Loose	3	128,00 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	71,00 kl. 71,80
do. do.	4½	61,80 kl. 61,80
Bukar. Stadt-A.	5	96,70 kl. 96,70
Buen. Air. G.-A.	5	68,10 kl. 68,75
Chines. Anl.	5½	110,00 bz B.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	96,60 kl. —,—
do. do.		
do. do.	3½	90,00 bzbz
Finnländ. L.	—	60,50 bz
Griech. G.-A	5	89,75 bz G
do. neue	4	71,00 kl. 71,00
Italien. Rente	5	92,00 kl. 92,20
Kopenh. St.-A.	3½	94,25 G.
Lissab. St. A. I. II.	4	76,10 kl. 76,50
Mexikan. Anl.	6	92,90 kl. 95,30
Mosk. Stadt-A.	5	75,00 bz G.
Norw. Hyp-Obl	3½	96,00 bz
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	94,50 kl. 95,20
do. Pap.-Rnt.	4⅕	77,70 B.
do. do.	5	89,00 bz G.
do. Silb.-Rent.	4⅕	77,70 kl. 77,90
do. 250 Fl. 54.	4	119,60 bz
do. Kr. 100 (58)	—	
do. 1860er L.	5	121,90 bz B.
do. 1864er L.	—	323,00 G.
PesterStadt-A.	6	87,10 kl. 87,10
Poln. Pf. Br. I-IV	5	70,75 bz
do. Liq.-Pf.-Br.	4	
Portugies. Anl. 1888—89	4½	87,00 bz B.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	102,75 bz
Röm. Stadt-A.	4	88,10 G.
do. II. III. IV.		83,10 bz G.
Rum. Staats-A.	4	
do. do. Obl.	6	101,20 kl. 101,20
do. fund. Obl.	5	101,60 kl. 101,50
do. do. amort.	5	98,25 kl. 98,25
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	87,00 kl. —,—
cons. 1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4½	100,40 kl. 101,40
do. 1889	4	
do. 1880	4	96,50 bz G.
Russ. Goldrent	6	107,00 bz
do. 1884 stpfl.	5	104,60 bz
I. Orient 1877	5	76,50 bz
II. Orient 1878	5	76,50 B.
III. Orient 1879	5	78,60 G.
Nikolai-Obl.	4	96,90 kl. 96,60
Pol. Schatz-O.	4	—,— kl. 91,00
Prä.-Anl. 1864	5	174,00 G.
do. 1866	5	161,80 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,00 bz
do. neue	4½	100,90 B.
Schwedische	4½	
Schw. d. 1886	3½	95,25 bz
do. 1888	3	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,50 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	86,80 bz G.
do. Rente	5	86,80 bz G.
do. do. neue	5	87,00 bz G.
Stockh. Pf. 87.	4	98,75 bz
do. St.-Anl. 87	3½	
Span. Schuld	4	
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	22,20 G.
do. do. C.	1	17,80 G.
do. do. 90	4	72,60 G.
Trk. 400 Frc.-L.	—	78,00 bz G.
do. EgTrib-Anl	4½	
do. Tabk-Regie	4	
Ung. Gld-Rent.	4	89,60 kl. 90,50
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,60 bz G.
do. do do.	4½	100,00 bz B.
do. Papier-Rnt.	5	87,40 bz
do. Loose	—	253,10 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,25 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2⅝	66,50 G.
Altenbg.-Zeitz	8 4/15	179,60 bz G.
Crefelder	4½	97,50 bz
Crefld-Uerdng	0	33,25 bz
Dortm.-Ensch.	3¾	88,10 bz
Eutin-Lübeck	1½	50,00 bz B.
Frnkf.-Güterb.	½	88,50 bz
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	224,70 bz
Lübeck-Büch.	7¾	163,90 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	115,25 bz
Marnb.-Mlawk.	⅓	56,60 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	100,30 G.
Ostpr. Südb.	3	85,75 bz B.
Saalbahn	⅓	38,00 G.
Stargrd-Posen	4½	102,40 bz G.
Weimar Gera	0	20,00 G.
Werrabahn	3	74,25 bz G.
Albrechtsbahn	1	34,40 bz
Aussig-Teplitz	18½	428,00 G.
Böhm. Nordb.	7	121,75 bz
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	76,00 G.
Buschtherader	8	208,50 bz
Canada Pacifb.	3	72,90 bz
Dux-Bodenb.	7½	234,00 bz G.
Galiz. Karl-L.	4	89,25 bz B.
Graz Köflach	7	115,75 bz
Kaschau-Od.	4	75,10 G.
Kronpr. Rud.	4¾	89,10 G.
Lemberg-Cz.	6¾	100,75 bz B.
Oesterr. Franz.	2,70	105,50 bz
do. Lokalb.	4	70,90 bz
do. Nordw.	4¾	95,90 bz
do. Lit. B. Elb.	5½	99 50 bz G.
Raab-Oedenb.	½	29,00 bz
Reichenb.-P.	3 81	76,00 bz
Südöstr. (Lb.)	1⅗	59,50 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	66,40 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	10,44	
Mosco-Brest	3	
Russ. Staatsb.	5	
do. Südwest.	5⅔	82,50 bz
Warsch-Teres	5	
do. Wien.	15	224,00 B.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	6⅖	153,00 G.
Gotthardbahn	7⅕	159,25 bz G.
Ital. Mittelm.	5½	109,50 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	135,00 B.
Lüttich-Lmb.	0,45	22,90 bz G.
Lux. Pr. Henri	2,30	59,75 bz G
Schweiz. Centr	6⅗	
do. Nordost	6	140,10 bz
do. Unionb.	5	122,10 G.
do. Westb.		
Westsicilian.	4	

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4½	
Bresl-Warsch.	2¼	54,80 B.
Czakat.-St.-Pr.	5	101,50 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	4½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	5½	83,10 bz
Dortm.-Ensch.	4½	110,50 bz
MarienbMlawk	5	108,75 bz
Mecklb. Südb.	4	29,10 B.
Ostpr. Südbah	5	112,10 bz G.
Saalbahn	5	
Weimar-Gera	3⅓	97,50 B.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

BrslSchwFrb H		
do. Lit. K		
do. do. 1876		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 81	4	
Meckl Fr. Franz	3½	
Nied-Märk III. S		
Oberschl. Lit. B	3½	
do. Lit. E	3½	
do. Em. v. 1879	4½	
do Niedrs Zwg	3½	
do (StargPos)	4	
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	83,00 G.
BuschGold-Ob	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	91,30 G.
Dux-PragG-Pr.	5	106,30 G.
do.	4	98,60 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal KLudwg. g.	4½	86,75 bz G.
do. do. 1890	4	83,40 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	96,75 B.
Kronp Rudolfb	4	82,10 bz G.
do. Salzkammg	4	99,70 G.
Lmb Czernstfr	4	79 25 bz G.
do. do. stpfl.	4	72,50 bz G.
Oest. Stb. alt, g	3	87,75 bz G.
do. Staats-I. II	5	106,10 bz G
do. Gold-Prio.	4	99,30 bz
do. Lokalbahn	4½	82,90 G.
do. Nordwestb	5	93,00 G.
do. NdwB. G.-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	91,90 bz G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	
Rechenb.-Prior. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	103,40 bz
Südost. B. (Lb.)	3	66,25 bz G.
do. Obligation.	5	103,90 G.
do. Gold-Prior.	4	98 50 B.
Chark.-Asow gar		
Chark. Krem. gar.	5	99,90 kl. —,—
Gr. Russ. Eis. gar.	3	—,— kl. 78,50
Jelez-Orel gar.		
Jelez-Woron. g.		
Ivang.-Dombr. g.	4½	89,60 G.
Kozlow-Wor. g.	4	91,00 bz
Kursk-Chark. 89	4	91,75 bz
do. Chark. As. (O)	4	90,90 bz
do. (Oblig.) gar.		
Kursk-Kiew conv	4	91,70 bz G.
Losowo-Sebast.	5	96,40 bz
Mosco-Jaroslaw	5	74,50 bz
do. Kursk gar.	4	86,40 bz G.
do. Rjäsan gar.	4	92,80 bz G.
do. Smolensk g.	5	100,00 kl. —,—
Orel-Griasy conv	4	90,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	91,70 bz
Rjaschk-Moroz g	5	99,80 bz
Rybinsk-Bolog.	5	95,30 ll. 90,60
Schuja-Ivan. gar.	5	100,10 kl. —,—
Südwestb. gar.	4	93,00 bz G
Transkaukas. g.	3	81,60 kl. 81,60
Warsch.-Ter. g.	5	100,30 kl. 100,30
Warsch-Wien II.	4	94,50 bz G.
Wladikawk. O. g.	4	92,50 bz
Zarskoe-Selo	5	92,50 bz
Ital. Eisenb.-Obl.	3	55,90 kl. 56,00
Serb. Hyp.-Obl.	5	91,10 bz G.
do. Lit. B.	5	88,25 bz G.
Süd-Ital. Bahn	3	60,75 kl. —,—
Central-Pacific	5	107,00 G.
Ilinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	96,80 B.
Northern Pacific	6	111,75 bz G.
San Louis-Francisco	6	104,60 bz G.
Southern Pacific	6	109,50 G

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	108,75 bz
do. do. II.	3½	105,60 bz G
do. do. III. abg.	3½	95,00 G.
do. do. IV. abg.	3½	95,30 G.
do. do. V. abg.	3½	92,50 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,50 G.
do. do.	4	100,50 bz G.
do. do.	3½	93,75 bz G
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	100,40 bz
do. do. (rz. 100)	3½	94,00 bz
MeiningerHyp Pfdbr.	4	100,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	131,00 bz
Pomm. Hypoth.-Akt.-Bank-Pfandbriefe IV	4	97,50 bz G.
	4	100,50 bz G.
Pomm. Vorzugs-Akt.	4	
PrB.-Cr. unkb (rz 110)	5	
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,30 G.
do. do. (rz. 115)	4½	113,90 B.
do. do. X. (rz. 110)	4½	110,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,50 bz G
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	100,70 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	93,60 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	93,60 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	112,50 G.
do. do. VI. (rz. 110)	5	110,00 G.
do. div. Ser. (rz. 100)	4	100,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	93,70 bz
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	112,50 G.
do. do. do.	4	100,90 G.
do. do. do.	3½	94,40 bz G.
Schles. B.-Cr (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	94,40 B.
Stettin. Nat. Hyp.-Cr.	5	103,50 G.
do. do. (rz. 110)	4½	102,70 B.
do. do. (rz. 110)	4	99,50 G.
do do. (rz. 100)	4	98,50 G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	2⅓	
Berl. Cassenver.	6	135 50 bz G.
do. Handelsges.	12	155,00 bz G.
do. Maklerver.	10	134,80 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	12	171,50 bz G.
Bresl. Disc.-Bk.	7	105,25 bz G.
do. Wechslerbk.	7	104,75 bz
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	10½	
do. do. junge	10½	154,10 bz
Deutsche Bank	10	154,10 bz
do Genossensch	8	127,75 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt.	6¼	110,80 bz
Disc.-Command.	14	209,50 bz
Dresdener Bank	11	152,00 bz
Gothaer Grund-creditbank	0	80,50 n. 91,50
Internat.-Bank	9	107,00 bz G.
Königsb. Ver.-Bk	6	103,50 bz G.
Leipziger Credit	12	200,50 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5⅔	109 80 G.
Maklerbank	9	123,60 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	7½	129,00 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 50 pCt.	5	102,50 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	7	107,00 bz G.
Nationalbk. f. D.	10	125,25 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	80,00 bz G.
Oester. Credit-A.	10⅝	164,50 bz
Petersb. Disc.-Bk	19	176,00 bz
do. Intern. Bk.	15	145,50 bz
Posen. Prov.-Bk.	6	
Pr. Bodencr.-Bk.	6½	120,25 bz G
do. Cnt-Bd. 50 pCt	10	153,30 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	120,00 bz G.
do. Hyp. V. A. G. 25 pCt.	8	109,00 bz
do. Immob.-Bank 80 pCt.	7½	359,75 B.
do. Leihhaus	10	114,00 G.
Reichsbank	7	143,00 bz B.
Russische Bank	6⅕	77,50 bz
Schles. Bankver.	8	122,50 bz G.
Warsch Comrzb.	9	
do. Disconto	8¼	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	10	184,00 bz G.
Anglo Ct. Guano	12½	148,70 bz G.
Bauges.: Berl.-Charl.	4	120,00 G.
City St.-Pr.	5	
Dtsche. Bau.	3⅓	84,50 bz G.
Hann. St.-P.	4	71,10 G.
Bauges. Humb.	8	120,50 G.
Moabit	7	112,00 B.
Passage	5½	69,50 bz G.
U. d. Linden	0	23,2 G.
Berl. Elektr-W.	10	192,00 bz G.
Berl. Lagerhof	0	76,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	5	111,00 B.
Ahrens Br., Mbt	—	68,25 bz G.
Berl. Bock-Br.	—	73,75 bz
Schultheiss-Br	16	274,50 G.
Bresl. Oelw.	4¾	95,25 G.
Deutsch. Asph.	3	71,00 bz
DynamitTrust.	8½	154,90 bz G.
Erdmannsd. Sp	6½	92,25 bz B.
Fraust. Zucker	—	109,00 B.
Glauz. do.	8⅔	107,75 G.
GummiHarbg.-Wien	29	264,00 bz G.
do. Schwanitz	14½	198,20 G.
do Voigt Winde	6	126,75 G.
do. VolpiSchlüt	6⅓	104,00 bz G.
HemmoorCem	13	141,70 B.
Köhlm. Strk.	—	226,00 B.
Körbisdf-Zuck.	5	100,50 B.
Löwe & Co.	18	300,00 bz
Bresl. Linke	12	168,50 bz
do. Hofm.	12	166,90 G.
Germ-Vrz.-Akt	—	99,50 bz G.
Görlitz cv.	13	145,50 G.
Görl. Lüdr.	13	156,90 G.
Grusonwrk.	—	151,00 bz G.
H. Paucksch	8	
Schwarzkopff.	16	251,00 bz G.
Stettin. Vulk.-B	0	114,00 et bz G.
Sudenburg	20	277,10 G.
O.-Schl. Cham.	10	
do. Portl.-Cem	10	120,10 bz
OppelnCem-F.	7	105,80 G.
do. (Giesel)	10	120,00 bz
Gr. Berl. Pferdb	12½	253,75 bz
Hamb. Pferdeb	5	122,50 G
Potsd. cv Pfdrb	5½	102,50 a 33,00
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	7	81,75 bz
Schles. Cem.	14½	144,00 B.
StettBred. Cem	7	130,00 bz G.
do. Chamott.	25	366,00 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	12	177,00 bz G.
Berzelius	6½	118,50 bz G.
Bismarckhütte	18	169,00 bz
BochGussst-F.	—	152,10 bz G.
Donnersmrck	4	194,00 a 79,50
Dortm. St-Pr. A	—	84,00 bz G.
Gelsenkirchen	7	168,80 bz
Hibernia	8½	172,50 j 157,00
Hörd St.-Pr.-A.	—	72,25 bz G.
Inowracl. Salz	0	40,75 bz G.
König u. Laura	11	135,75 bz G.
Lauchham. cv.	13	137,00 a 107,00
Louis. TiefStPr	—	147,90 B.
Oberschl. Bd.	6	89,30 bz G.
do. Eisen-Ind.	14	159,50 bz G.
Redenh. St.-Pr.	7	82,00 bz
Riebeck. Mont.	15	181,50 bz G.
Schles. Kohlw.	0	58,40 bz G.
do. Zinkhütt.	13	196,60 G.
do. do. St.-Pr.	13	196,25 bz G.
Stolb. Zk.-H.	2½	67,25 bz G
do. St.-Pr.	7½	127,75 bz G.
Tarnowitz cv.	0	20,25 bz
do. do. St.-Pr.	7	72,10 bz G

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.